



An den Grossen Rat

17.1396.02

17.5436.02

Petitionskommission

Basel, 19. März 2018

Kommissionsbeschluss vom 19. März 2018

Petition P 370 "Unsere Post muss bleiben!"

Petition P 375 "Gegen die Schliessung der Poststelle Kannenfeld an der Burgfelderstrasse 26"

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat in seiner Sitzung vom 18. Oktober 2017 die Petition „Unsere Post muss bleiben!“ und in seiner Sitzung vom 10. Januar 2018 die Petition „Gegen die Schliessung der Poststelle Kannenfeld an der Burgfelderstrasse 26“ der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

1 Wortlaut der Petitionen

1.1 Petition „Unsere Post muss bleiben!“¹

Für den Erhalt der Poststellen Kannenfeld, Kleinhüningen und Gellert

Die Unterzeichnenden fordern:

- 1. Die Poststellen Kannenfeld, Kleinhüningen und Gellert müssen weiter bestehen.***
- 2. Der Regierungsrat wehrt sich auch gegen weitere Schliessungsankündigungen.***

Die Stadt Basel ist lebendig und attraktiv für die Bevölkerung und das Gewerbe. Die Poststellen sind ein wichtiger Teil unserer Stadt. Ohne diese Poststellen hätte das lokale Gewerbe weniger Kundschaft. Auch die Einwohnerinnen und Einwohner, und zwar vor allem die langjährigen und älteren Kundinnen und Kunden, müssten auf Postdienstleistungen von Einzahlungen bis Expresspaket-Aufgabe verzichten oder lange Wege und Wartezeiten in Kauf nehmen. Die Schliessung der Poststellen Kannenfeld, Kleinhüningen und Gellert wäre ein klarer Abbau des Service public. Arbeitsplätze in der Post und im Quartier stehen auf dem Spiel.

¹ Petition „Unsere Post muss bleiben!“, Geschäfts-Nr. 17.1396.01.

In der Stadt Basel wurden in den letzten Jahren über 12 Poststellen geschlossen, heute gibt es noch 14 Poststellen in unserer Stadt. Wenn die Poststellen Kannenfeld, Kleinhüningen und Gellert bis 2020 ebenfalls noch geschlossen werden, würden die Bevölkerung und das Gewerbe noch weniger Poststellen zur Verfügung haben. So kann es nicht weitergehen!

*Poststellen können gemäss Postverordnung erst nach Anhörung der Standortgemeinde und Information an den Kanton aufgehoben werden. Ein entschiedenes Handeln des Regierungsrats ist deshalb wichtig. Wir ersuchen den Regierungsrat eindringlich, bei der Schweizerischen Post AG vehement und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln sowie mit seinem politischen Einfluss gegen die Schliessung der Poststellen Kannenfeld, Kleinhüningen und Gellert einzusetzen. **Helpfen Sie mit und unterzeichnen Sie diese Petition.***

1.2 Petition „Gegen die Schliessung der Poststelle Kannenfeld an der Burgfelderstrasse 26“²

Die Schweizerische Post erwägt die baldige Schliessung diverser Poststellen im Kanton Basel-Stadt, darunter auch der Poststelle Kannenfeld. Die drohende Schliessung ihrer Poststelle stösst unter den Einwohnerinnen und Einwohnern des Kannenfeldquartiers auf grosses Unverständnis. Das Quartier ist dicht besiedelt und weist einen hohen Anteil an älteren Menschen auf, welche auf die Postdienstleistungen in der Nähe ihrer Wohnung angewiesen sind. Die Kannenfeld-Post ist stark frequentiert. Die Poststelle ist auch für das Gewerbe im Quartier von grosser Bedeutung.

Die Schliessung der Poststelle Kannenfeld wäre ein schmerzlicher Abbau des Service public im Quartier. Die Unterzeichneten dieser Petition wollen diesen Abbau und damit die Verschlechterung der Infrastruktur und Wohnqualität in ihrem Quartier nicht hinnehmen und bitten daher den Grossen Rat und den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, sich mit allen geeigneten Mitteln gegen die Schliessung der Poststelle zu verwenden.

Die Kannenfeld-Post muss bleiben!

2 Abklärungen der Petitionskommission

2.1 Hearing vom 18. Dezember 2017

Am Hearing nahmen teil: Der Co-Präsident SP QV Horburg-Kleinhüningen und der Zentralsekretär Logistik syndicom als Vertretende der Petentschaft der Petition P 370 sowie ein Vertreter der Petentschaft der Petition P 375. Als Vertretende der Schweizerischen Post AG war der Leiter Region Basel, ein Spezialist Netzentwicklung und der Leiter Filialgebiet Basel Mitte anwesend. Ein Geschäftsleitungsmitglied und die Leiterin Volkswirtschaftliche Grundlagen, beide vom Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA), vertraten das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU).

2.1.1 Das Anliegen der beiden Petentschaften

Als bekannt wurde, dass in den Basler Quartieren Schliessungen von Poststellen geplant sind, haben sich die beiden Petentschaften unabhängig voneinander für die Lancierung einer Petition entschieden. Ein Abbau des Service public in den Quartieren ist aus Sicht beider Petentschaften nicht akzeptabel. Die eine Petition (P 375) richtet sich explizit gegen die Schliessung der Poststelle Kannenfeld, die andere Petition (P 370) setzt sich für den Erhalt der drei Poststellen Kleinhüningen, Gellert und Kannenfeld ein. Die Unterschriftenaktionen seien erfolgreich gewesen und die Reaktionen der Bevölkerung würden zeigen, dass eine Schliessung von Postfilialen in den Quartieren ganz klar nicht erwünscht ist.

² Petition „Gegen die Schliessung der Poststelle Kannenfeld an der Burgfelderstrasse 26“, Geschäfts-Nr. 17.5436.01.

Als bekannt wurde, dass die Post bis zum Jahr 2020 insgesamt bis zu 600 Poststellen abbauen möchte und im Zuge dieser landesweiten Umstrukturierung auch in Basel die Schliessung von drei Poststellen plant, habe dies in den betroffenen Quartieren grosses Interesse, aber auch Empörung ausgelöst. Nicht nur die Basler Bevölkerung sage Ja zu den Poststellen, sondern auch das Bundesparlament. Die Post habe den Auftrag, eine öffentliche Dienstleistung zu erbringen. Man sei sich bewusst, dass der Betrieb von Filialen Kosten verursacht, hierfür würden die Bürgerinnen und Bürger aber Steuern zahlen. Aus Sicht der Petentschaft sollte die Post nicht wie ein Privatunternehmen agieren, sondern die Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigen. Die Post erweise sich als innovatives Unternehmen, entsprechende Neuerungen richten sich aber in erster Linie an junge Menschen. Ältere Personen nutzen hingegen nach wie vor die klassischen Post-Dienstleistungen und auch bei vielen jüngeren Menschen bestehe ein entsprechendes Bedürfnis. Dies werde sich in den kommenden Jahren nicht so rasch ändern. Das Iselin Quartier mit der Kannenfeldpost habe 17'000 Bewohnerinnen und Bewohner und sei damit ein grosses und dicht-besiedeltes Quartier. Aufgrund mehrerer grosser Bauvorhaben werde das Quartier in Zukunft noch weiter wachsen. Die Poststelle Kannenfeld sei stets stark frequentiert und man merke dort nichts von sich ändernden Kundenbedürfnissen. In der Regel müsse man stets ein paar Minuten warten, bis man bedient werde, insofern sei klar, dass die Postangestellten zu tun haben. Die Ahornpost sei mehr als ein Kilometer entfernt und ebenfalls gut frequentiert. Auch in den Quartieren Kleinhüningen-Klybeck und St. Alban (Poststelle Gellert) sind jeweils über 10'000 Personen von der Schliessung der Poststellen betroffen.

Der Rückgang der genutzten Post-Dienstleistungen belaufe sich auf 40%, zugleich habe man aber bereits viele Postfilialen geschlossen. Wenn keine Poststelle vorhanden ist, könne auch die entsprechende Dienstleistung nicht genutzt werden, dies sei eine logische Entwicklung. Die Vertretenden der Petentschaft können nicht beurteilen, ob das Angebot einer Partnerfiliale allenfalls gewissen Kunden eher entspreche. Gewünscht sei aber, dass die Kundschaft auch in Zukunft über eine entsprechende Entscheidungsfreiheit verfügt. Gemäss einer Umfrage des Bundesamts für Kommunikation (BAKOM) erachte zum heutigen Zeitpunkt ein Grossteil der Postkunden Partnerfilialen als ungeeignet. Bei diesem Modell handle es sich letztlich um eine bedenkliche Mischung zwischen einem öffentlichen Auftrag und privatem Geschäft, dies stelle ein weiterer Schritt Richtung Privatisierung dar. Die Post versuche auf diesem Weg Einsparungen bei den Löhnen zu machen. Auch betreffen die strukturellen Anpassungen der Post Arbeitsplätze, so sei es nicht möglich, für alle Personen Lösungen zu finden.

Am Hearing stellen die Vertreter der Petentschaft fest, dass es sich um eine relativ neue Entwicklung handelt, dass die Post regionale Bedürfnisse beachte – dies sei begrüssenswert. Die Vertreter der Post betonten, dass im Zusammenhang mit den geplanten Veränderungen zu jeder Poststelle Gespräche in den betroffenen Quartieren stattfinden sollen. Die Vertreter der Petentschaft zeigten sich verwundert, dass neben dem Neutralen Quartierverein (NQV) beispielsweise der Gewerbeverband zu diesen Gesprächen beigezogen wird, die Gewerkschaften aber nicht. Der Grosse Rat und der Regierungsrat sollen sich mit Nachdruck und dezidiert für den Erhalt der drei Poststellen einsetzen.

2.1.2 Argumente der Vertreter der Schweizerischen Post AG

Der Leiter Region Basel führt aus, dass auf die Post zukünftig diverse Herausforderungen zukommen werden. Anpassungen scheinen zwingend notwendig, damit das Unternehmen auch in Zukunft auf gesunden Beinen steht. Wichtig sei, dass der Post der Spagat zwischen Kundenorientierung und finanziellem Ergebnis gelinge. Die Post wolle auch in Zukunft physisch vor Ort sein. Mit dem Poststellennetz müsse nicht zwingend eine Rendite erwirtschaftet werden, das Angebot müsse aber finanzierbar sein. Das bestehende Angebot soll ständig weiterentwickelt und im Sinne des Service public erfüllt werden.

Veränderungen in den Bereichen Mobilität und Digitalisierung würden sich momentan stark auf die Geschäftstätigkeit der Post auswirken. Seit dem Jahr 2000 werden 65% weniger Briefpostaufgaben über die Poststellen verschickt. Bei den Paketen sind es 46%, hier könne aber aktuell aufgrund des Online-Handels eine Zunahme bei den Paketaufgaben festgestellt werden. Bei den

Einzahlungen lasse sich ein Rückgang von 40% feststellen, hier zeige sich vor allem seit den letzten zwei Jahren ein sehr starker Rückgang. Die Post müsse deswegen neuen Kundenbedürfnissen und Technologien Rechnung tragen. Die Post verfügte Ende 2016 über rund 3'800 Zugangspunkte: 1'320 Standorte mit Hausservice, 850 Filialen mit Partner, 1'320 eigene Poststelle, 310 zusätzliche Aufgabe- und Abholstellen. Zum aktuellen Zeitpunkt verfüge die Post über rund 3'850 Zugangspunkte, Ziel für das Jahr 2020 seien ungefähr insgesamt 4'200 Zugangspunkte: 1'200-1'300 Filialen mit Partner, 800-900 eigene Poststellen und 500-700 zusätzliche Zugangspunkte. Auf diese Weise soll ein Mix, zugeschnitten auf die heutigen und zukünftigen Kundenbedürfnisse, geschaffen werden.

Auf Bundesebene sei in Bezug auf diese Thematik eine politische Diskussion im Gang sei, die die Post verfolge diese Debatte aufmerksam³. Die Post erfülle ihren Auftrag gemäss Postgesetz (PG), datiert auf den 17. Dezember 2010 (Stand am 1. Januar 2012) und übertreffe die gesetzlich vorgegebenen Ziele. An die eigene Dienstleistung bestehe ein hoher Qualitätsanspruch, dies widerspiegeln sich in einer grossen Kundenzufriedenheit. Wichtig scheine, dass die Post regionale Gegebenheiten beachtet und diese Thematik der politischen Debatte bereits jetzt zu adaptieren versucht, auch wenn das geltende Recht dies so noch nicht fordere.

In Basel werde die Situation ganz genau und seriös angeschaut und es gehe nicht um eine rasche Lösung. Über die Nutzung der verschiedenen Poststellen wisse die Post genau Bescheid. Im Kanton Basel-Stadt bestehe heute ein dichtes Zugangspunktenetz, dies soll auch in Zukunft so beibehalten und allenfalls ausgebaut werden. Die Erreichbarkeit der verschiedenen Poststellen sei durch ein hervorragendes ÖV-Netz sicher gestellt. Die Gründe für die geplanten Änderungen bei den drei Poststellen Kannenfeld, Kleinhüningen und Gellert seien unterschiedlich. Bei den geplanten Umwandlungen suche die Post den Dialog, um auf diese Weise nach Lösungen zu suchen. In Basel habe erst im Zusammenhang mit der Poststelle Gellert ein erstes Gespräch stattgefunden (mit dem Neutralen Quartierverein, der Regierung und dem Gewerbeverband).

In den Gebieten Kannenfeld und Kleinhüningen-Klybeck fanden noch keine Gespräche statt. Der Leiter Filialgebiet Basel Mitte bestätigt, dass gegen Ende eines Monats bei der Poststelle Kannenfeld gegen Abend durchaus längere Wartezeiten entstehen können. Im Durchschnitt werden jedoch 95% der Kundschaft innerhalb von fünf bis sieben Minuten bedient. Die Vertreter der Petentschaft verwiesen darauf, dass das Quartier weiter am Wachsen sei. Hingegen bedeute ein Quartierwachstum nicht automatisch einen Kundenzuwachs bei einer Poststelle, dies aufgrund der sich stark wandelnden Kundenbedürfnissen. Der Post sei es deswegen ein Anliegen, den spezifischen lokalen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, dies könne auch die Schaffung neuer Zugangspunkte beinhalten. Für Kleinhüningen sei ein Gespräch für den Januar 2018 geplant, für die Poststelle Kannenfeld plane die Post ein Gespräch Ende 1./Beginn 2. Quartal 2018.

Bereits heute gebe es in Basel mehrere Partnerfilialen, dies könne beispielsweise eine Apotheke (Breite, St. Johann) oder auch eine Bäckerei (Bruderholz) sein. Die Post verfüge für die Auswahl möglicher Partner über einen Anforderungskatalog mit Kriterien. Der Partner müsse bei der Bevölkerung auf Akzeptanz stossen, grundsätzlich stelle es für die Post kein Problem dar, Partner zu finden – die Post strebe langfristige Partnerschaften an. Die Mitarbeitenden der Partnerfilialen werden zu Beginn durch die Post intensiv und so lange wie notwendig geschult. Für Kunden, die vorwiegend die Dienstleistungen der Post für den Versand von Briefen und Paketen nutze, könne eine Partnerfiliale mit längeren Öffnungszeiten sogar einen Mehrwert bieten. Über 90% der Post-Dienstleistungen können durch eine Partnerfiliale erbracht werden. Der wesentliche Unterschied zu den Poststellen liege darin, dass keine Einzahlungen gemacht werden können.

Zentral für den Unternehmenserfolg der Post seien die Mitarbeitenden, die hervorragende Arbeit leisten. Für von der Netzentwicklung betroffene Mitarbeitende suche die Post passende Lösungen. Im Jahr 2017 habe die Post in der Region Basel keine externen Mitarbeitenden rekrutiert. Dies einerseits, weil nicht mehr gleich viel Arbeit vorhanden sei, zugleich soll damit auch bereits auf die geplante Netzentwicklung reagiert werden.

³ U.a. Debatte im Ständerat zu verschiedenen politischen Vorstössen im Zusammenhang mit der Post-Dienstleistung und der Postgesetzgebung: 30. November 2017.

Die Petitionen sprechen von einem schmerzlichen Abbau, die Post baue jedoch nicht ab, sie schaffe neue Angebote. Notwendige Änderungen werden sorgfältig vollzogen, nach genauer Prüfung und ohne Hektik. Eine ergebnisoffene Lösungssuche bilde das Ziel, es seien noch keine Entscheide gefällt worden. Der Post sei es wichtig, ihre Dienstleistung in guter Qualität anzubieten und ihrer Kundschaft zur Verfügung zu stehen. Die Post wolle für ihre Kundinnen und Kunden gute Lösungen entwickeln und anbieten, hierfür suche sie den Dialog und nehme sich die notwendige Zeit.

2.1.3 Argumente der Vertretenden des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA, WSU)

Die Vertretenden des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA) informieren, dass das AWA für den Service public und die Postnetzversorgung im Kanton Basel-Stadt zuständig ist. Mit der Post bestehe ein regelmässiger Kontakt und Dialog. Im Zusammenhang mit der Netzentwicklung strebe die Post eine einvernehmliche Lösung an und gehe auf allfällige Vorschläge und Einwände des Kantons ein. Der Kanton habe aber die Möglichkeit, einen Entscheid der Post in Bezug auf eine geplante Umwandlung oder Schliessung einer Poststelle durch die PostCom überprüfen zu lassen.

Die Post habe in einer Medienmitteilung über die Postnetzentwicklung der Zukunft der gesamten Schweiz informiert. Das AWA sei von der Post im Herbst 2016 kontaktiert und über die geplante Entwicklung informiert worden. In der Folge konnte das WSU zu jeder einzelnen Poststelle eine Stellungnahme abgeben. Der Kanton verfüge somit über ein Mitspracherecht, der abschliessende Entscheid liege aber gemäss Bundesgesetzgebung bei der Post. Im September 2017 fand ein Gespräch zwischen der Post, dem AWA und dem NQV St. Alban – Gellert statt. Für den Januar 2018 sei ein solches Gespräch mit dem Dorfverein Pro Kleinhüningen und dem Gewerbeverband geplant. Im Weiteren werde voraussichtlich ein Gespräch im Zusammenhang mit der Poststelle Kannenfeld folgen. Diese Gespräche bilden den Anfang eines längeren Prozesses.

3 Erwägungen der Petitionskommission

Die Petitionskommission stellt fest, dass die beiden Petitionen gemeinsam behandelt werden sollen. Beide Petitionen fordern, dass sich die Basler Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Schliessung der drei Poststellen Kannenfeld, Kleinhüningen und Gellert einsetzt. Das Hearing fiel aus Sicht der Kommission sehr informativ aus, hinsichtlich der nächsten Entwicklungen scheint aktuell noch Vieles offen.

Die Mehrheit der Kommission zeigt sich von der Präsentation der Post überzeugt, diese sei relativ differenziert ausgefallen und die Post habe Offenheit signalisiert. Auch sei die Umstrukturierung der Post aus betriebswirtschaftlicher Sicht nachvollziehbar. Doch letztlich führe die Post einen Auftrag im Bereich des Service public aus und vollziehe mit der Umwandlung von Poststellen in Partnerfilialen einen Abbau dieses Auftrags. Partnerfilialen können nicht die gleichen Leistungen erbringen und es dürfte voraussichtlich auch zu längeren Wartezeiten kommen, wenn neben Postgeschäften noch andere Geschäfte abgewickelt werden müssen. Auch habe die Post bereits in der Vergangenheit einige Postfilialen im Kanton Basel-Stadt geschlossen. Von der Auswahl der betroffenen Poststellen zeigt sich die Kommissionsmehrheit nicht überzeugt. So liege die Poststelle Kleinhüningen in einem Randquartier und die nächste Poststelle im Bläsiquartier ist mehrere Tramstationen entfernt. Auch wenn das ÖV-Angebot sehr gut ausfalle, sei es dennoch verwunderlich, dass gerade eine Filiale am Stadtrand geschlossen werde – zudem plane der Kanton dort in naher Zukunft die Entwicklung eines neuen Stadtquartiers. Bei der Poststelle Kannenfeld verhalte es sich ähnlich. Mit dem Service public sollte auch dann ein Angebot zur Verfügung stehen, wenn der freie Markt keine genügend hohe Nachfrage generiert. Nach wie vor möchten viele Leute in ihren Quartieren die Dienstleistungen einer Poststelle in Anspruch nehmen. Wahrscheinlich werde diese Nachfrage in Zukunft abnehmen, dieser Zeitpunkt sei jetzt aber noch nicht erreicht. Der Regierungsrat soll deswegen alles in seiner Macht Stehende gegen eine Schliessung

der drei Poststellen unternehmen. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) soll sich im Auftrag des Regierungsrats bei den geplanten Gesprächen für den Erhalt dieser drei Poststellen einsetzen. Als letzte Möglichkeit könnte sich die Regierung an die PostCom wenden, wenn die Post trotz den Gesprächen an der Poststellenschliessung festhält.

Eine Kommissionsminderheit vertritt hingegen die Ansicht, dass die Post auf sich ändernde Kundenbedürfnisse und Nachfrage mit neuen Konzepten reagieren können soll. Wenn keine entsprechende Nachfrage besteht, sei es nachvollziehbar, dass sich die Post für einen Abbau entscheidet. Diesem Strukturwandel lasse sich kaum etwas entgegen halten. Die Verunsicherung der Bevölkerung gegenüber solchen Veränderungen sei hingegen nachvollziehbar. Als positiver Punkt wertet die Kommissionsminderheit deswegen die Gesprächsbereitschaft der Post. Und im Falle eines Stellenabbaus erweise sich ein Sozialplan als zwingend erforderlich.

4 Antrag

Die Petitionskommission beschliesst mit 6 zu 2 Stimmen, vorliegende Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Im Namen der Petitionskommission



Tonja Zürcher
Kommissionspräsidentin